

# Neue Zeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 100 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 215

**Bezugspreis:** monatlich 12, — ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zustellstellen entgegen.  
**Abend-Ausgabe**  
**Anzeigenpreis:** Die Sp. 2, 3, 4 mm 1000 in 1000 Zeichen 1,20 M. Die Sp. 5, 6 mm 1000 in 1000 Zeichen 1,50 M. Die Sp. 7, 8 mm 1000 in 1000 Zeichen 2,00 M. Die Sp. 9, 10 mm 1000 in 1000 Zeichen 2,50 M. Die Sp. 11, 12 mm 1000 in 1000 Zeichen 3,00 M. Die Sp. 13, 14 mm 1000 in 1000 Zeichen 3,50 M. Die Sp. 15, 16 mm 1000 in 1000 Zeichen 4,00 M. Die Sp. 17, 18 mm 1000 in 1000 Zeichen 4,50 M. Die Sp. 19, 20 mm 1000 in 1000 Zeichen 5,00 M. Die Sp. 21, 22 mm 1000 in 1000 Zeichen 5,50 M. Die Sp. 23, 24 mm 1000 in 1000 Zeichen 6,00 M. Die Sp. 25, 26 mm 1000 in 1000 Zeichen 6,50 M. Die Sp. 27, 28 mm 1000 in 1000 Zeichen 7,00 M. Die Sp. 29, 30 mm 1000 in 1000 Zeichen 7,50 M. Die Sp. 31, 32 mm 1000 in 1000 Zeichen 8,00 M. Die Sp. 33, 34 mm 1000 in 1000 Zeichen 8,50 M. Die Sp. 35, 36 mm 1000 in 1000 Zeichen 9,00 M. Die Sp. 37, 38 mm 1000 in 1000 Zeichen 9,50 M. Die Sp. 39, 40 mm 1000 in 1000 Zeichen 10,00 M. Die Sp. 41, 42 mm 1000 in 1000 Zeichen 10,50 M. Die Sp. 43, 44 mm 1000 in 1000 Zeichen 11,00 M. Die Sp. 45, 46 mm 1000 in 1000 Zeichen 11,50 M. Die Sp. 47, 48 mm 1000 in 1000 Zeichen 12,00 M. Die Sp. 49, 50 mm 1000 in 1000 Zeichen 12,50 M. Die Sp. 51, 52 mm 1000 in 1000 Zeichen 13,00 M. Die Sp. 53, 54 mm 1000 in 1000 Zeichen 13,50 M. Die Sp. 55, 56 mm 1000 in 1000 Zeichen 14,00 M. Die Sp. 57, 58 mm 1000 in 1000 Zeichen 14,50 M. Die Sp. 59, 60 mm 1000 in 1000 Zeichen 15,00 M. Die Sp. 61, 62 mm 1000 in 1000 Zeichen 15,50 M. Die Sp. 63, 64 mm 1000 in 1000 Zeichen 16,00 M. Die Sp. 65, 66 mm 1000 in 1000 Zeichen 16,50 M. Die Sp. 67, 68 mm 1000 in 1000 Zeichen 17,00 M. Die Sp. 69, 70 mm 1000 in 1000 Zeichen 17,50 M. Die Sp. 71, 72 mm 1000 in 1000 Zeichen 18,00 M. Die Sp. 73, 74 mm 1000 in 1000 Zeichen 18,50 M. Die Sp. 75, 76 mm 1000 in 1000 Zeichen 19,00 M. Die Sp. 77, 78 mm 1000 in 1000 Zeichen 19,50 M. Die Sp. 79, 80 mm 1000 in 1000 Zeichen 20,00 M. Die Sp. 81, 82 mm 1000 in 1000 Zeichen 20,50 M. Die Sp. 83, 84 mm 1000 in 1000 Zeichen 21,00 M. Die Sp. 85, 86 mm 1000 in 1000 Zeichen 21,50 M. Die Sp. 87, 88 mm 1000 in 1000 Zeichen 22,00 M. Die Sp. 89, 90 mm 1000 in 1000 Zeichen 22,50 M. Die Sp. 91, 92 mm 1000 in 1000 Zeichen 23,00 M. Die Sp. 93, 94 mm 1000 in 1000 Zeichen 23,50 M. Die Sp. 95, 96 mm 1000 in 1000 Zeichen 24,00 M. Die Sp. 97, 98 mm 1000 in 1000 Zeichen 24,50 M. Die Sp. 99, 100 mm 1000 in 1000 Zeichen 25,00 M.  
**Verkaufsstelle Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Central 7801, abends von 7 Uhr an Redaktions 5600 und 5610. — Postfach: Leipzig 20412.  
**Dienstag, 28. Februar**  
**Geldschätzelle Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurstadt 12 4900  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Ehle, Halle-Saal

## Die Sachlieferungen

### Das neue Abkommen

Die sozialistischen „R. R. N.“ verbreiten einen Bericht über die Verhandlungen über die deutschen Sachlieferungen, den wir im wesentlichen wiedergeben, weil die genannte Korrespondenz häufig aus autoritativen Quellen gepfeift wird. In der Darstellung heißt es: Das neue Abkommen ist die deutsche Sachlieferungen ist von den Vertretern der Reparationskommission unter der Führung des Belgiers Vermeilman und dem Vertreter des Wiederaufbau- und Wirtschaftsministeriums paraphrasiert worden. Es führt im wesentlichen die Ziele der bisherigen gebundenen Wirtschaft durch die Staatliche Wirtschaft in die deutsche Sachlieferungen ein. Bis zur Konferenz von Gannes war Deutschland ohne so, daß alles, was nicht durch Sachlieferungen gedeckt wurde, hat in Geld gezahlt werden mußte. Gegenwärtig werden für Sachlieferungen und Sachlieferungen getrennte Rechnungen geführt. Nach den vorliegenden Bestimmungen soll Deutschland jährlich 720 Millionen Gold und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen liefern. Wird dieser Betrag in Sachlieferungen nicht erreicht, so steigt dadurch die Summe der fälligen Zahlungen nicht. Die Ententestaaten hatten daher ein erhebliches Interesse daran, daß die Sachlieferungen in voller Höhe ausbleiben würden.

In Zukunft wird der französische oder sonstige Geschädigte direkt bei den deutschen Lieferanten bestellen, und nur die Zahlung wird durch die Regierung ausgeführt und dabei der Bezug kontrolliert werden. Bei den bisherigen Lieferungen hat das Reich die Sachlieferungen in Rechnung vorwärts. Diese Sorge zugunsten des Reiches fällt fort. Auf der anderen Seite standen die Preise, welche die Reparationskommission vorwärts, gelegentlich auch unter den Zahlungsbedingungen, besonders bei Holz und Weizen. In den Zahlungsbedingungen sollen bei dem Reich 100 Millionen Goldmark verloren, d. h. es sind ihm im letzten Jahre 100 Millionen Goldmark weniger gutge gebracht worden, als es für das Reich in Deutschland hätte zahlen müssen. In Zukunft werden vorwiegend die Bestellungen allgemein zu Weltmarktpreisen erfolgen, und die deutsche Regierung wird dann die Reparationen in entsprechender Höhe in Papiermark bezahlen.

Eine besondere Schwierigkeit hat die Frage der ausländischen Rohstoffe. Es ist jetzt eine Vereinbarung aufzubereiten, wonach Sachlieferungen, die zu über 25 Prozent aus ausländischen Rohstoffen bestehen, als Sachlieferungen zu betrachten sind. Diese Sachlieferungen für den unmittelbaren Wiederaufbau der Produktionsstätten und der Häuser im zerstörten Gebiet, für das dieselbe wieder aufgebaut werden soll, was vor dem Kriege stand.

Der deutsche Export sollen nur anerkannte Handelsfirmen oder die Exportfirmen, die die Sachlieferungen zu übernehmen. Gegenstände können als Verkäufer nur aufstellen die Geschäftsführer selbst, Vereinigungen von Geschäftigen und Behörden für ihren eigenen Bedarf.

Die Lieferungen der Entente-Staaten werden aller Voraussicht nach hauptsächlich in Gegenstände betreffen, die keine Konkurrenz für die eigene Industrie besitzen. Dieser Gesichtspunkt trat namentlich auf die Groß-Eisenindustrie zu. Hier ist

vereinbart worden, daß die Lieferungen an Eisen und Stahl zu 85 Prozent vergütet werden. Diese Vereinbarung ist noch nicht endgültig, da die Prozentzahl von den Sachlieferungen noch nachgeprüft werden soll. Für die Größe der Aufträge ist eine Mindestgrenze festgesetzt; es sollen keine Aufträge unter 1500 Goldmark oder rund 4000 Franken vergeben werden, um die Rechnung nicht mit zu vielen kleinen Summen zu belasten und durch die Überfülle kleiner Aufträge die Kontrolle zu erschweren, aber eine Höchstgrenze für die Aufträge besteht nicht; alle, auch die größten Reparationsaufträge können im freien Verkehr vergeben werden.

Die Vertreter der Reparationskommission, die seit genau 14 Tagen unter der Führung Bennemanns ununterbrochen über dieses neue Sachlieferungsabkommen verhandelt haben, haben im Laufe des Montags nach diesem vorläufigen Abschluß Berlin verlassen und sich nach Paris begeben, um dort über die noch strittigen Punkte Klarheit zu schaffen und den endgültigen Abschluß des Abkommens vorzubereiten. Die Vertreter Belgiens und Italiens hatten Berlin bereits schon vor einigen Tagen verlassen.

Uns wirtschaftlichen Kreisen wird uns zu der Neuzeitung der Sachlieferungen mitgeteilt:

Das Abkommen, das in vorstehender Meldung im wesentlichen enthalten ist, wird für Deutschland geradezu unheilvolle Folgen haben müssen, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn früher Mitglieder der Ententestaaten in Deutschland Einfäufe machten, mußten sie in Devisen bezahlen. Jetzt fällt das fort. Die Industrie erhält keine Devisen mehr, die das Reich zur Begleichung der Reparation unbedingt nötig hat. Außerdem werden die Angehörigen der beteiligten Produktionsstätten in die Lage versetzt, Waren, die sie von uns erhalten, wieder auszuführen. Sie haben also die Möglichkeit, uns in Staaten, in die wir bisher ausführen, Konkurrenz zu machen.

Verständlich dürfte das Abkommen auf ein Jahr abgeschlossen werden, aber man braucht nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß die Entente von Jahr zu Jahr die Erneuerung fordert. So würden also diese Leistungen unermüdet werden. Vorausgesetzt natürlich, daß wir überhaupt in der Lage sind, eine derartige Belastung unserer Wirtschaft zu tragen. Wenn man die Goldmilliarden in Papiermilliarden umwandelt, so ist leicht festzustellen, daß durch diese Ausführungen zwei Drittel bis drei Viertel unseres bisherigen Exportes ausgehen wird. Das unser Wirtschaftsleben einen beträchtlichen Rückschlag nicht lange wird aushalten können, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Es fragt sich überhaupt, wie die Vinkle das Abkommen aufnehmen wird. Denn die erste Voraussetzung dafür wäre die Vereinfachung des Abkommens.

## Eine Konferenz in Warschau

Der Präsident des Völkerbundes, Spangas, hat dem polnischen Ministerpräsidenten telegraphisch mitgeteilt, daß der Völkerbund den Vorschlag der polnischen Regierung, am 15. März in Warschau eine europäische Konferenz abzuhalten, einstimmig angenommen hat. Der Rat fordert die polnische Regierung auf, für den 15. März die Vertreter aller europäischen Staaten, die an der Lösung des Problems ein Interesse haben, nach Warschau zu laden. Der Rat beschloß ferner, daß der Völkerbund sich an der Konferenz beteiligen soll.

## Polnisches Ränkepiel in Genf

Ein durchsichtiges polnisches Manöver.  
Genf, 27. Februar.  
Die polnische Delegation verhielt sich durch eine Erklärung im „Journal de Geneve“ ein unglücklich verlaufenes, offenbar von Paris inspiriertes Manöver, das die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen vernichtend kritisiert und den Anschein erweckt, als wolle Polen für die Verhandlungen eine völlig neue Basis schaffen. Die Delegation beschränkt sich heute auf die Kritik des Vertrags von Versailles, welche Polen beantragen sollen, daß auf einem Reparationskongress deutschen Weisheit sofort zu liquidieren. Die polnische Forderung sagt wörtlich: „Polen verhindert demnach die Liquidierung des deutschen Schadens durch die Liquidation der deutschen Reparationen.“ Durch diese Forderung will die polnische Delegation offenbar ein Beispiel gemacht, ähnlich geringen Konzeptionen offenbaren und sich jedes Einlenken auf das teuer bezahlte lassen. Diese Forderung bedeutet eine Wiederrücknahme des Völkerbundes und eine Verneinung des Präsidenten Calomere: eine Auffassung, die auch in neutralen Kreisen beschliffen wird. Man kann gespannt sein, wie dieser Akt heute gegen das polnische Manöver reagiert wird. Diese im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen völlig unzulässige Forderung der polnischen Delegation erklärt sich daraus, daß die gegenwärtige Ansicht nicht nur von den deutschen Verhandlungen, sondern in letzter Zeit auch von neutralen Kreisen in Warschau, darunter dem bekannten polnischen Reichsleiter

## Deutschland und Rußland

Von Wolfgang Eisenhart.

Das Jahr 1922 hat in die europäische Politik und wahrhaftig auch in die Weltpolitik einen Faktor wieder eingeführt, der einst die entscheidendste Bedeutung besaß, über den aber unsere Feinde sich in den drei Jahren seit Beendigung des Krieges glauben hinwegsetzen zu können: Rußland. Freilich ist das heutige, vom Bolschewismus wirtschaftlich ruinierte und zum furchtbaren Hungerelend dank einer beispiellos fröhlichen Regierung verurteilte Land noch weit davon entfernt, eine fröhliche Rolle in der europäischen Politik zu spielen. Aber trotzdem fündigen sich doch heute gewisse künftige Entwicklungen an, und kommende Ereignisse werden bei uns in Deutschland mehr als für jedes andere Land, von entscheidender Bedeutung werden können. Denn darüber kann ja doch kein Zweifel sein, daß nichts so sehr die Wiedererrung unseres tief gebeugten Vaterlandes fördern würde, als wenn wir uns wieder, wie zu jener Zeit Bismarcks Zeiten, an ein befreundetes, starkes Rußland anlehnen könnten.

Schon die Geschichte weist uns auf diesen Weg hin. Sie zeigt, daß bei guten Beziehungen zu Rußland und womöglich bei einem Bundesverhältnis zu ihm Preußen und Deutschland stets ihre größten Erfolge errungen haben. Diese Wahrheit kann man verfolgen bis in die Anfänge des preussischen Königtums. Schon Friedrich Wilhelm I. war es im Bunde mit Rußland gelungen, dem Schweden Karls XII. Stettin und die Odermündungen zu entreißen, was der Große Kurfürst in seiner Forderung vergeblich entgegen hatte. Der selbe Bund mit Rußland befreite uns vor dem Napoleonischen Herrschaft und schloß ein halbes Jahrhundert lang vor einer Wiederholung französischer Eroberungskriege. Dem Freundschaftsverhältnis zu dem Rußland Alexander II. verdankte es Kaiser Wilhelm I. und sein großer Kanzler, daß es ihnen möglich war, Oesterreich und Frankreich niederzumerren und das Deutsche Reich zu gründen. „Im Bunde mit Rußland“, jagte noch Fürst Bismarck nach seiner Entlassung zu Hermann Hofmann, dem späteren Verfasser des „Büchleins Bismarck 1890—1898“, „sind wir so gut wie unangreifbar.“ Läßt sich dieses Verhältnis wieder herstellen?

Unter den Schriften, welche diese Frage behandeln, verdient ein fälschlich erschienenes Buch von Dipl.-Ing. Johann Kerschhorn „Rußland und Deutschland durch Rotzurg 1922“ (Sommer-Verlag, Theodor Fritsch, Leipzig 1922, Preis 20 Mark) die größte Beachtung. Der Verfasser ist als Sohn deutscher, in Rußland lebender Eltern dort aufgewachsen und hat die Stimme der Revolution mit erlebt. Mit gründlichem Kenntnis der russischen Volkswirtschaft verbindet er einen klaren politischen Blick, so daß sein Buch jedem eine Fülle von Belehrung über Rußland bringen wird.

Freilich muß auch Kerschhorn feststellen, daß die Regierung, welche der Bolschewismus und seine fälschlichen Führer über Rußland gebracht haben, furchtbar, so geradezu grauhaft ist. Vier Fünftel der russischen intelligenten, gebildeten Kreise sind in der Revolution durch Massenmord, Verfolgung, Hunger und seelische Qualen ungenommen. Der Rest ist durch das ausgefallene Geld entwertet. Die russische Landwirtschaft, die Grundlage ihrer Volkswirtschaft, ist ruiniert, der Viehstand auf ein Drittel reduziert. Es fehlt an Vieh, an Ackergerät, an dem nötigsten Hausatut, an Saatgetreide. Oft haben sieben Bauernfamilien nur eine einzige Art. Überall Elend und Jammer, so daß mit dem Hungertode von 6 bis 7 Millionen Menschen schon gerechnet wird.

Büßig verfallen ist das Verkehrsweien in Rußland. Nur ein Drittel der nötigen Lokomotiven ist noch vorhanden. Die Eisenbahnwaggonen sind vielfach verkauft, ohne in genügender Zahl erneuert werden zu können. Statt wie früher 15 000 Eisenbahnwagen sind deren in Petersburg nur noch 150. Die russische Industrie endlich zeigt ein Bild völligen Zusammenbruchs. Nach dem Verfall produziert dort die Eisenindustrie nur noch 17 v. S., die Baumwollindustrie kaum noch 2 v. S., die Wolllindustrie 1 v. S., die Gubenindustrie nur noch 1 v. S., der Vorkriegszeit! Es fehlt an Maschinen, an Werkzeugen und Werkstoffen jeder Art.

Wo überall Verfall, Zerstörung und furchtbarer Zusammenbruch: das Werk bolschewistischer Regierung! Es ist nach dem Verfasser ausgeschlossen, daß Rußland aus eigener Kraft wieder erpompert kann. Dazu bedarf es eines großen, verbündeten Industriestaates, seiner Hilfe und seiner Kredit. Und zu dieser Hilfe wäre kein Land so geneigt wie Deutschland. Freilich, führt der Verfasser mit Recht aus, würde alle Wirtschaftskräfte unter der jetzigen bolschewistischen Herrschaft nutzlos sein und nur dem ruhmreichen letzten russischen Revolutionsbeamtentum als letzte Beute zugute kommen, denn Rußland selbst aber nichts nützen. Daher ist auch Kerschhorns Meinung, die Behebung der russischen wirtschaftlichen Wiederherstellung der Schutz des jetzigen Contingents, der nach seiner Meinung noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten wäre. Brieflich dann der alles herbeiziehende

und niederhaltende Kommunismus aufkommen und Aufstand erhält wieder eine auf dem Boden des Arbeitertums liegende sozialistische Regierung, dann sind es in der Zeit ungeschore Künste und Willkürheiten, die sich der deutschen Industrie in Russland bieten, wo der deutsche Gewerbetreibende immer noch in sehr hohem Maße steht. Welches ungeschore Feld der Tätigkeit der deutschen Industrie in Russland wird, selbst der Vertriebsausschlag mit Zöllen. Zunächst gibt es für nicht weniger als 40 Millionen Menschen vollständige Ausstattung an Kleidern, Wäsche, Möbeln usw. zu schaffen. Auf den Eisenbahnen müssen vier Fünftel aller Lokomotiven, ein Viertel aller Schienen, ein Zehntel aller eisernen Brücken ausgetauscht werden. In neuen Betriebsmitteln sind nötig: 1000 Lokomotiven, mindestens 100.000 Personen- und Güterwagen. Der Grund auf zu reparieren sind nicht weniger als 12.000 Lokomotiven und 100.000 Koffer- und Personenwagen. Nötig sind ferner als Transportmittel: 3000 Lokomotiven, 5000 Personenautos, 200 Schleppdampfer, Dampfzüge mit 300.000 Tonnen Tragfähigkeit für die Straße, die Kaspische und Schwarze Meer, den Ural und Kasachien und den Flussverkehr; ferner 100.000 Wagen für die Straße, Millionen Wagenräder, 20.000 Landwagen, 200.000 Fahrräder. Für den Bauer sind nötig Millionen Hele, Acker, Vieh, Maschinen, Schienen, Landmaschinen, Landmaschinen, Wanduhren, sowie etwa 200 Millionen russische Rubel, ferner eine halbe Million Pferde und keine landwirtschaftliche Maschinen. In der russischen Industrie muss ein Drittel der Maschinenausstattung erneuert werden, insbesondere falls es um Dampfmaschinen. Für die städtischen Säuger sind nötig Millionen von Geviertmetern Fensterglas und Dachpappe, für 20 Millionen Mark Oefen usw. Ein Fünftel aller städtischen Wohnungen muss völlig neu erbaut werden.

Zeigen diese Zahlen, wie verblüffend der Kommunismus in Russland unter der Sowjetregierung gehandelt hat, so ergeben sie doch auch, welche ungeheure Betätigungsfeld sich dort für die deutsche Industrie eröffnet, sobald Russland wieder eine bessere Regierung erhält. Auch heute schon, meint Kolthorn mit Recht, müssten die Vorbereitungen, eine andere deutsche Wirtschaftspolitik getroffen werden, eine andere Wäpse jene Entwicklungsbedingungen für sich anbereiten. Es kommt alles darauf an, dass schon jetzt Verbindungen angeknüpft werden, die beiden Ländern zum Gelingen verhelfen. Wir wollen Russland nicht nach ausländischer Art zum deutschen Ausbeutungsbereich machen, wohl aber freie Hände wieder zu dem uns so lange verbündeten Nachbarn anknüpfen. Hier liegt eine der wichtigsten Vorbereitungen auch für unsere eigene Wiedererhebung.

**Das Geheiß der „großen Koalition“**

Die Sozialdemokratie hat den Abdruck der Koalition, die Möglichkeit eines Eintritts der Deutschen Volkspartei in die russische Dreieinigkeit von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten bewundert die sozialistische Mäpde. Deshalb wies auch Herr Hermann Wendel, der sich Herr Fabius's Selbstanzeige für eine „Lade“ für je einen Artikel inoffiziell gezeichnet hat, einige fröhliche Seitenhiebe und erinnert Herrn Witz an seine Dankessprüche gegen die Unabhängigen: „Da danach das Kabinett Witz zum guten Teil durch die Unabhängigen gerettet wurde, wird es auch nun, die Folgezeiten daraus zu ziehen. Zwar betonen wir immer wieder die Zustimmung zu Witz's Verhalten des 15. Februar auch ausdrücklich, um das Steuerwerk unter Dach und Fach zu bringen. Das ist nur möglich, nicht wahrscheinlich, denn als lehrte die Genui des Augenblicks selten wieder, und wenn es denn fester ist, die ermittelte Verbreiterung der Regierungsgewalt zu sichern, so kann es nur in der Richtung nach links geschehen. Die Zustimmung zu Witz's Verhalten ist politisch weit wichtiger ist, als selbst auf dem sogenannten linken Flügel der Volkspartei. Gerade der Sozialdemokratie wird es sein, in der Steuerfrage eine Politik zu führen, daß zum mindesten eine Notbremse zu den Unabhängigen geschlossen werden kann. Die Volkspartei freilich bringt es fertig, am Tage, nachdem sie unbestimmt um die ansehenswerten Stellen, dem Kabinett Witz ein Bein zu stellen, verliert sich auf wieder neue Feuer anzubilden. Wahr und wahrhaftig, nach jenen den Streikemännern, die bisher in gebührender Wichtigkeit als des Ehrenwundes Schiedsrichter, durch die Wankbewegungen folgerierten,

**Hegexin**

Stilge von Magda Ernst.

Ganz durch Zufall hatte es sich abgedacht, daß der Gatte heute abend eine Freundin besuchen wollte. Aus dem gegebenen Briefe ging hervor, daß je länger je länger, so die Erfüllung des schicksalhaften Wunders verbrach. Nun schien es aber doch weit; Peter wurde erwartet.

Sie kühlte sich die Augen, die von heftig weggefahren Tränen gerötet waren. Nur nichts merken lassen. Den Kampf aufnehmen gegen die andere, die sie zu verlassen drohte. Man erwartete ihren Gatten erst fünf, er würde Abda gegenüber eine Verabredung mit einem Freund vornehmen, vielleicht auch nur einen Spaziergang, weil er wußte, daß sie jetzt zur Ruhe gehen würde.

Sie schmeidete den bereits zum Abendbrot bedeckten Tisch mit Blumen, kleidete sich in jein Lieblingsgewand und steckte blutrote Rosen vor die Brust. Dann kam sie lange vor dem Spiegel und kühlte sich, den Augen, die noch in jähem Erstaunen über das soeben Erlebene brannten, einen schelmischen, lieblichen Ausdruck zu geben.

Nur nichts merken lassen. Er durfte nicht wissen, daß sie jetzt mit allen ihr zu Gebote stehenden Waffen den Kampf gegen die andere aufnahm.

Er kam heim. Schicksal merkwürdig, auf der Stirn die Falte, die darauf hindeutete, daß er subtil behandelt sein sollte. Sie war ganz die zuvorkommende, liebenswürdig-lächelnde Gattin, dabei doch in nichts aufdringlicher als sonst, nur hatten alle Handreichungen einen fast zärtlichen Unterton. Und als er endlich die Serviette zusammenfaltete, war die Falte von der Stirn verschwunden. Sie hing sich in seinen Arm und begann zu plaudern, sie lächelte, als er ihr sagte, doch er fing heute abend mit einem Freunde verabredet habe. Dann fing sie ihre feinen soffenen Wänder an, um nur zu bald zu merken, daß er zerstreut blieb. Das verdingt also heute nicht. Die Räumpferin mußte andere Waffen wegen.

Sie bot den Gatten, einen Augenblick ins Badezimmer zu kommen. Dort hätte einen heißen Kopf, er möge einmal sehen, ob wieder vorhanden sei.

Sie fanden ein Bettchen zusammen am Bettchen des stehenden Anstubs. Das Bettchen lag röhrt und gesund in

der Wand von dem Schlag geschossen, den sie am Mittwoch darauf bekommen haben, und schon ist die Frage der großen Koalition wieder aufgeklut, und wenn die „Nationalistische Arbeiterpartei“ noch hohes Maß, so daß der Eintritt der Volkspartei in die Regierung von einer Änderung des sozialdemokratischen Kurzes abhängig macht, so ist das zur Stunde schon der Gipfel politischer Unversämlichkeit. Mit Recht stellt der „Vorwärts“ diese Außenüberlegungen der Stimmenpartei als eine widerliche Verwerflichkeit hin, und es ist nicht möglich, nach immer nach der Sinterier Politik, durch die der Geist der großen Koalition eintreten kann.

Ob Herr Wenzel mit dem letzten Satz den Mund nicht etwas zu voll nimmt, wollen wir dahinstellen. Lassen. Nebenfalls aber fñhlt sich die Sozialdemokratie augenblicklich in einer sehr freien Position. Wagt sie unter Herrn Witz's Regierung auch allen Anschlag hat.

**Preussische Regierung und Staatsrat**

Die zwischen der preussischen Staatsministerum und dem Staatsrat ausgebrochenen Streitigkeiten über die Angelegenheiten des Staatsrats und seine Unterbringung sind jetzt beigelegt worden. Es hat ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen dem Minister Cöbering und dem Präsidenten Bismarck stattgefunden, das alle Streitfälle schlichtet. Der Staatsrat wird in Zukunft als ein auf dem Reichspräsidenten beruhendes Gremium des Vertrauens in die Angelegenheiten der Staatsregierung aus zu behandeln, sondern in verständnisvollem Zusammenwirken nach einem Ausgange zu suchen. Betreffs der Mannpforte wird ausgelegt, daß dem Staatsrat das ehemalige Herrenhaus überlassen werden soll, wenn für das Justizministerium andere Räume gefunden werden sind. Dem Präsidenten des Staatsrats soll in der Nähe des früheren Herrenhauses ein Dienstwohnung verschafft werden.

**Demokratischer Verrat am Bürgerum**

Eröffnung des Brandenburgischen Provinzialparlaments. Am Landeshaufe der Provinz Brandenburg hat gestern der Brandenburgische Provinzialparlament sein erstes Sitzungsbanner. Oberpräsident Dr. Meier eröffnete die Landtag mit einer Ansprache. Unter den Vortagen steht an erster Stelle der Haushaltsplan. Er erfordert im Hinblick auf die stehenden Verhandlungen über die Auseinandersetzung mit der Stadt Berlin eine besonders vorläufige Behandlung. In dem vorgeschlagenen Haushaltsplan sind folgende Ausgaben für die Provinz vorgesehen: 69,9 Millionen. Meier erregte mich, daß ferner noch ein Betrag aus dem Gehaltsjahr Oktober-April 1921 als freitragende Forderung offensteht, und ferner, daß der Nachtragshaushalt für 1921 gleichfalls durch Einstellung einer Ausgabenerhöhung in Höhe von 61 Prozent um den Betrag erhöht wird, man wird deutlich, auf wie große freitragende Forderungen der Provinzialparlament der Provinz Brandenburg die Haushaltsführung aufbaut. Von den Eingehörten hob der Oberpräsident den Wert einer neuen Oberbehörde für die Provinz hervor, der auch Staats- und Reichsinteressen habe, sowie den Ausbau der Wasserstraßen der Provinz zur besseren Verkehrsmittelverbindung. Nun Präsidenten wurde durch Zettelwahl und mit 100 Stimmen der Provinzialparlamenten der vorjährige Vorläufige Stadtrat Gähding (Guben), Vertreter der SPD-Fraktion, mit 46 Stimmen wiedergewählt, während auf den Kandidaten der bürgerlichen Fraktion, der stärksten Fraktion, Oberbürgermeister Dreifert (Sottbus), 43 Stimmen entfielen.

**Spaltung der Reichsgewerkschaft zu erwarten**

Die bereits gemeldet, wird Anfang April eine Tagung des Deutschen Beamtenbundes stattfinden, auf der die durch den Eisenbahnerstreik aufgeworfenen Fragen des Koalitions- und Streikrechtes der Beamten ausführlich behandelt werden sollen. Die Tagung wird von 1500 bis 2000 Delegierten des Deutschen Beamtenbundes und der eingetragenen Beamtenvereinigungen werden, da eine prinzipielle Klärung über diese Dinge herbeigeführt werden soll. Innerhalb der eingetragenen Beamtenorganisationen beschäftigt man sich schon jetzt sehr lebhaft mit der prinzipiellen Einleitung zu den oben erwähnten Fragen und besonders in den Kreisen der Eisenbahn- und Postbeamten dürfte die Klärung nicht ohne erhebliche innere Kämpfe vor sich gehen. Da in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten die Wurzeln des Streiks sich jetzt in einer Weise zu zeigen beginnen, die von der radikalen

Setzung wieder beabsichtigt, noch erwartet werden zu soll ebenso wie bei der Reichsgewerkschaft vor der Verabschiedung des Deutschen Beamtenbundes die Entscheidung darüber fallen, welchen Kurs die Gewerkschaften in Zukunft einhalten werden. Da zwischen den beiden großen Organisationen der Reichsgewerkschaft eine Einigung bisher trotz wiederholter Verhandlung nicht aufgefunden worden ist, wird man kaum in der Annahme stehen, daß die Eisenbahnbeamtenorganisationen bei einer Spaltung stehen. Wenn sich liegen die Dinge auch bei der Reichsgewerkschaft, wo man insofern zwischen der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Richtung vertritteln zu können hoffen. Die Auseinandersetzungen auf der Bundesversammlung des Deutschen Beamtenbundes werden infolgedessen auch ziemlich heftig sein, da man dort keineswegs gewillt ist, die Methoden der letzten Eisenbahnarbeiter auf die Gesamtheitung des Beamtenbundes zu übertragen.

Der Verband Deutscher Bahnmeister ist bereit den Reichsgewerkschaften ausgetreten und bei nachfolgender und der sozialistischen Richtung anzugliedern und Staatsangehörigen-Gewerkschaften anzuschließen.

**Kommunistische Generalstreikpläne für den 9. März**

Die „Deutsche Zeitung“ meldet aus München: Die hiesigen Metallarbeiterkreise sind nachweislich im Laufe eines geplanten großen Generalstreiks. Ein solcher ist am 18. und 14. Februar in Berlin, in der Wohnung von Oskar Rohm, Landberger Straße 6, von 69 Vertretern der K. A. P. beschlossen worden. Radek (Sobolsch) hat verlangt, der Generalstreik müsse pöblich ausbrechen und Paris betreffen, in wenigen Stunden müsse er durchgeführt sein. Die Verwirklichung soll durch schwere Sabotageakte gesteigert werden, die Zerschlagung der Kohle für alle Mittel zum Lohngeheimnis. Eine Führerbesprechung, die gleichzeitig in Leipzig stattfand, hat die Möglichkeit zur erfolgreicher Streikpropaganda in der Inanspruchnahme, die als Folge der Betriebsstörungsmaßnahmen und des Erwerbslosenselens um sich greifen werden. Am Tag für den Beginn des Generalstreiks ist einstweilen der 9. März festgesetzt.

Staatsminister Reichmann ist gewarnt. Die Verhaftung Radek's, sowie die Abschiebung von 800 russischen Emigranten, die sich Jahreslang für die Errichtung der „Bifidular“ in Berlin und Mitteldeutschland wählten, ist geschehen worden.

**Um die freie Bewirtschaftung des Brotgetreides**

Berlin, 28. Februar. Der Hauptausführer des preussischen Landtages hat gestern in die Vorbereitung des Landwirtlichkeitsgesetzes.

Vorredner Herr v. Winterfeld (Dinnik) weist auf die bessere Verwertung der Ernte im Jahr 1921 im Vergleich zum Vorjahr hin. Daraus sei auch die gute Heilerzeugung der Umlage zu erklären. An der beschränkten Erzeugung über das Höchstmaß seien die Vorbereitungen angeordnet, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung unerlässlich seien. Für 1922 sollen nur 8000 Neubestellungen geschaffen werden; allein in Preußen Brandenburg solle 50.000 Morgen zur Einblungsgewinn zur Verfügung liegen.

Herr v. Winterfeld (Dinnik) weist auf die bessere Verwertung der Ernte im Jahr 1921 im Vergleich zum Vorjahr hin. Daraus sei auch die gute Heilerzeugung der Umlage zu erklären. An der beschränkten Erzeugung über das Höchstmaß seien die Vorbereitungen angeordnet, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung unerlässlich seien. Für 1922 sollen nur 8000 Neubestellungen geschaffen werden; allein in Preußen Brandenburg solle 50.000 Morgen zur Einblungsgewinn zur Verfügung liegen.

Herr v. Winterfeld (Dinnik) weist auf die bessere Verwertung der Ernte im Jahr 1921 im Vergleich zum Vorjahr hin. Daraus sei auch die gute Heilerzeugung der Umlage zu erklären. An der beschränkten Erzeugung über das Höchstmaß seien die Vorbereitungen angeordnet, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung unerlässlich seien. Für 1922 sollen nur 8000 Neubestellungen geschaffen werden; allein in Preußen Brandenburg solle 50.000 Morgen zur Einblungsgewinn zur Verfügung liegen.

Dieser Stadtkreiser zur Umfassung kommen und seiner Bedeutung entsprechend um Eltern in Form einer literarischen Morgenfeier herausgebracht werden. Das besonders Gekochte an diesem dramatischen Wert besteht darin, daß Sollen, der der besten Bekämpfung durch seinen bereits in dieser Angelegenheit bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienen Roman „Morris am Gestade“ bekannt geworden ist, den religiösen Stoff aus dem Stoffe heraus gestaltet, daß nicht die biblischen bekannten Persönlichkeiten zu Figuren der Handlung gemacht werden, sondern frei erfundene Alltagsgestalten.

**Banzlers Morgenlied**

Morgenrot, Morgenrot  
Strahl mir noch — 's hat keine Not!  
Wie man auch im Reichstage aufsteht.  
Danf der äußern Politik  
Bin ich völlig obenauf.

Ach, wie schön, ach, wie schön  
Wär ich ohne Klond den Schorck!  
Freundlich khor sich Schmarz und Rot um  
Wich zu dem Vertrauensbrotum  
Begen Gemes und Genum.

Genua, Genua,  
Wär es bloß noch nicht so nah!  
Der wie ich auf Zeitgewinn steht,  
Wünsch, daß sich's noch lange hingehit,  
Dann fällt meine Wehreit bist.

Bängarree, Bängarree,  
Hing' gefloß noch nach, nee, nee!  
Schorck der Mloyd hat nachgegeben.  
Er verlängert mir das Leben,  
Und was man so weiter braudt.

Nicht so bald, nicht so bald  
Schwindet mich'n und Gehalt.  
Genua, laß sie noch lanere,  
Denn dann wird's noch ständig dauere,  
Bis es mir sinat: „Soß'n cu!  
Soliman im La!

„Zage von Galathea“. Ein Opiemthierum unter dem Titel „Zage von Galathea“ von Gerhart Hehle soll am





# Halle und Umgebung

Halle, 28. Februar.

## Die Wahrheit über Gut Gimirz

Als in der Stadtbörseinstellung vor einer Woche die Sachverständigen mit Oberamtmann Görg auf Städtig Gimirz hingewiesen wurden, fingen sie an zu sagen, als wenn hier nicht immer so gehandelt worden wäre, wie es das Gebot der Zeit erfordert hätte. Wie gesagt: „falsch“ es nur so.

Von fendet uns der Rechtsabteil des Herrn Görg eine Erklärung der ganzen Sachlage, die ein wesentlich anderes Bild von den Sachverhältnissen von Gimirz gibt. Die veröffentlichte diese Aufsicht gern, der wir folgendes entnehmen:

„Es ist nicht richtig, daß Herr Oberamtmann Görg die Erklärung des Sachverständigen abgelehnt hat. Er hat sich vielmehr stets damit einverstanden erklärt, eine Erhöhung von 100 Proz. zu zahlen, falls einige für ihn sehr harte Bedingungen des Sachverständigen gemindert würden. Es habe hierüber lange Verhandlungen gegeben, während denen der Richter stets die Verhandlungen lehnte es aber ab, die für den Richter zum Teil sehr harten Bedingungen des Sachverständigen, insbesondere bezüglich der Aufbruchbedingungen und der Rückabbedingungen auch nur irgendwie zu ändern. Infolgedessen kam der Vergleich nicht zustande.“

Es ist ferner nicht richtig, daß nur Herr Oberamtmann Görg die Erhöhung des Sachverständigen abgelehnt hat. Die drei anderen Stadtpächter haben abgelehnt. Bei uns um ihnen hat das Sachverständigen genau so wie es kann auch im Falle Görg gefordert, der Erhöhung des Sachverständigen bemilligt und die zum Teil sehr harten Bedingungen des Sachverständigen zu Gunsten der Richter geändert. Die Entlassung des Sachverständigen gegen die beiden anderen Pächter wurde rechtskräftig, da es damals die Rechtsabteilung an das Landgericht nicht geht. Die drei anderen Stadtpächter haben sich also auf genau den gleichen Standpunkt gestellt wie Herr Görg. Weigert sich Herr Görg, daß die für sie sehr harten Bedingungen des Sachverständigen zu ändern seien, was der Sachverständigen stets abgelehnt hat.

Herr Görg legte Rechtsabteilung gegen die Entscheidung des Sachverständigen ein, weil die Stadt in ihrer Entscheidung die Erhöhung des Sachverständigen zu Gunsten der Richter, die das Sachverständigen angeordnet hatte, nicht anerkennen wollte. Infolgedessen legte nun auch der Richter Rechtsabteilung ein. Das Landgericht mußte daraufhin die Anträge beider Parteien zurückweisen, doch abgelehnt hat, was im 5. 2. die Sachverständigen Mar zum Ausdruck gekommen ist. Somit müssen auch die Hypothekendarlehen, Mietzinsen und andere fester Renten entsprechend erhöht werden. Eine „offensivere“ schwerer „unbilligkeit“, wie sie das Gesetz fordert, liegt nicht vor, da der Richter so gut wie alle Kosten und Zinsen der Schuldner zu machen hat. Diese Aufwendungen und Kosten des Richters sind ganz außerordentlich gering. Zu berücksichtigen seien auch die besonderen Verhältnisse von Gimirz, das durch den Vertrag vom 1920 immer geschäftlich war, und die Tatsache, daß der Richter ständig lang in weitem Umfange engagiert wird, wodurch ihm sehr große Nachteile entstehen. Die Bestellungen, Arbeiten vor Beendigung der Nacht werden sehr hohe Aufwendungen erfordern, die ihm nur im geringen Umfange ersetzt werden. Weiterhin hat der Richter das Recht, die Sachverständigen für unzulänglich zu erklären, falls der Richter ein Urteil gegen einen Zeit zu fällen.

## Sitzung des Kreistages

Genosse Müller als Rede.

Herr Adolf Thiele ließ sich vor etwa Jahresfrist mit dem Ziel eines republikanischen Landrats a. D. und mit der gesetzlichen Grund für die Kandidatur stellen. Am Ende eines langwierigen Kampfes ein Dr. Schumann. Nun folgte, aus dem Herrn Thiele kommend, wieder ein Genosse von der „Rechten“, Herr Müller. Ja, der gute Egoistenspaß hat recht: „Der Wechsel allein ist das Beständige.“ ... Wenigstens in bezug auf die bald nach dem November 18 neugebildeten „Genossenschaft“ Kandidaturwahl.

Herr Müller hat, soweit noch kommunisarisches Landrat, eröffnete und leitete die für heute vormittag um 11 Uhr nach dem Kreislandrat einberufene Sitzung des Kreistages. Er teilte mit, daß er sich bemühen werde, alle Gegenstände zu überbrücken, und gab ferner bekannt, daß Herr Albert Schulze in das Deputationskollegium eingetreten sei.

Der Kreisrat hat die Verhandlung betr. die Beschäftigung über Umstellung des Kreisfiskusjahres für 1921, der auf 1 1/2 Millionen Mark veranschlagt ist, wurde vertagt.

Punkt 2 betraf die Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge für zum Dreifachen der staatlichen Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens. Es ist nach der Vorlage des Kreisaußenbüros mit einem Zuschlagssatz von monatlich 250 Mark zu rechnen. Die Vorlage fand, wie die höchste Debatte zeigte, viel Verständnis bei der Rinde des Kreises, trotz der überzogenen Ausführungen des Abgeordneten Kuschopp (Deutschnau) und trotz des Hinweisens des Vorsitzenden, daß die Kreispreise im Kreise bei weitem niedriger sind als in der Stadt, und wurde abgelehnt. Es wird also nur der einfache Zuschlag erhoben werden.

## Nach dem Eisenbahnerstreik

Durch den Streik der Eisenbahner sind bekanntlich unsere Wirtschaftstätigkeit fast vollständig zum Erliegen gekommen. Die Eisenbahn auf über 2 Milliarden berechnet wird. Durch die Beendigung der Streikfrage in der dritten Öffentlichkeit ist nun festgestellt worden, daß die erhöhten Gehaltsforderungen für den Streikschluß durchaus nicht ausfallend waren. Schon vorher hat die Kreisregierung in ihrer Beziehung Zustimmung erteilt. Außerdem befindet der „Staifenkampf“ in einem Artikel in seiner Nummer vom 16. Februar es zu bezweifeln, als ob diese Frage allein zum Streik geführt habe und dieser durch die Fortmündigkeit der Regierung allein herbeigeführt worden sei. Weiterhin vertritt er nachzuweisen, daß die Behinderungen der Wirtschaften durch den Streik, die auf einen 6 Milliarden im Jahre belaufen, demnach doch aufgehoben werden müßten und daß deshalb die durch den Streik verursachten Verluste ganz auf das Schuldkonto der Regierung kämen.

Demgegenüber ist zunächst festzuhalten, daß die Regierung überhaupt zu Gehaltsaufhebungen in strahlenden Zeiten bereit gewesen ist und in dieser Hinsicht eine ganz andere, von den meisten öffentlichen Meinungen, der bürgerlichen wie der sozialistischen Seite, unterstützt worden ist.

Bei jeder Gelegenheit muß ein Angriff des „Staifenkampf“ auf die rechtliche Basis der geltend gemachten

# Warum die Straßenbahn teurer wird

### Von morgen ab höhere Fahrpreise — Die Gründe — Was leistet die Straßenbahn dafür? — 12 Kilometer 2,50 Mark.

Das geht immer so im Rundgang: Erst die Arbeiter, dann die Schüler, dann die Straßenbahn! Sie ist in den letzten Jahren stets Schrittmacher für die nächsten notwendigen Dinge des täglichen Lebens! Gehen sie, die es sonst doch nicht so — eilig hat. Die Kaufkraft bleibt jedoch, das Publikum die Straßenbahnwagen weiter oft benutzt. Das hat es nach allen Erfahrungen immer wieder gezeigt, so daß der Verkehrsabgang unerheblich blieb. Und wenn morgen, an 1. März, 1,50 Mark statt 1 Mark für die höchsten am Zeitstrahl genommen wird, dürfte der Verkehr nur vorübergehend schmälere werden. Wie wir schon mal geschrieben haben, müssen sie doch alle! Man hat sich wirklich an den maßgebenden Stellen darum bemüht, die Fahrpreise in niedrigen Grenzen zu halten und ist schließlich trotz aller „Schrittmaßnahmen“ immer noch beschleunigt als andere Städte von der Größe und Bedeutung Halle, die wesentlich mehr fordern. Was das Ziel der Aufhebung der kommunikativen Betrieb der Straßenbahn aufrecht zu erhalten, ist nur zu erreichen, wenn die Einnahmen nicht nur von den Ausgaben gleich zu Wege gebracht werden können, sondern wenn auch ein bestimmtes Maß an den ungeheuren Aufwand zum Ersatz herausgebracht wird.

Denn unabhängig ist ja die Straßenbahn selbst, ihr Verkehrsnetz zu erweitern. So konnte dem Ratsherrn nicht ein anderes Gesicht gegeben werden, der „Juliusstrasse“ hat die Straßen im letzten ihrer weiten Arme bis in die Weiserer Straße. Das ist noch nicht weit genug und im Nordwesten der Stadt zum Verkehrsverstoß führen, das liegt an Dingen, die noch erläutert werden müssen. Der zwoelfte Ausbau hat weiter Fortschritte gemacht, die Geisteskräfte haben, in der kommenden Winterperiode wird nun endlich auch einem dringenden Bedürfnis dadurch Abhilfe getan, daß man den Verkehrsstrom der Menschen massen am Rennplatz regeln wird. In der Mansfelder Straße freimachen und eine alte Wollstraße des ritterlichen Verkehrs nach dem Rennplatz verfahren. Die Verkehrsströme der Straße sind Verbesserungen größerer Art geplant und man würde noch mehr haben, würde von Bergen gern nur aufzufundene neue Wagen fahren lassen, wie ja, wenn — das Geld, die leibigen Mittel dazu vorhanden wären.

Denn was kostet heute nur alles mehr ein früherer Zustand einmal die Höhe! Im Jahre 1917 benötigte man dafür 730 000 Mark, 1922 aber 24 000 000 Mark.

Das sind gegen 1917 fast dreifache Mehransprüche, für die Deckung vorhanden sein muß. Der Ratsherr hat die Sache in der Resolution neben anderem Gegenstand, ist an dieser Mehransprüche keine Partei schuldig, denn er trifft die Verbesserungen am empfindlichsten. Auch die durch den Tarif festgesetzten Urfahrtkosten und das Weiterzahlen des Zinses der Eisenbahn sind tragen nicht dazu bei, um der Allgemeinheit billige Fahrpreise zu verschaffen.

Wenn schließlich ist das Kapital der Eisenbahn der Materialpreise. Warum sie steigen, weiß ein jeder, der nicht in das Gefäß des „Wirtschaftswunders Kapitalismus“ eintritt. So listete man a. B.

	früher	jetzt
1 Meter Schienen für	16,00 Mk.	800,00 Mk.
1 Weide für	140,00 „	25 000,00 „
Kabelfäden (Sandbogen)	22,00 „	600,00 „
1 Stromfahrl	0,80 „	65,00 „
1 Güßlampe	0,50 „	16,00 „

den. Die Eisenbahnverwaltung bezieht den Verlust, der ihr durch Materialerhöhungen entstanden ist, auf 500 Millionen Mark. Nur ist ja bekannt, daß die Eisenbahn nur ein Drittel des Saldoes der Eisenbahnen entstanden ist. Erhöhen mag es der „Staifenkampf“ in der Technischen Hochschule in die Schuhe zu schieben. Sie habe ihn durch unangemessene Behandlung der Kolonnen, durch Entzinsen und Durchkäufen, verursacht, und dafür habe die Streikbrecherbande nach Logogelächter, von 200 Mark erhöht. Dieser gemeine Verstoß ist es nur, wodurch fangeinander, daß man mit ihm das Verhalten eines Brandstifters in Parallele setzt, der die Feuerwehr, die mit Entziehung ihres Lebens den Brand zu löschen versucht, für den Schaden verantwortlich macht, der durch Brand und Wärschäden entstanden ist. In den Augen jedes vernünftigen Menschen dürfte sich ein Vergleichen als unzulässig erweisen. Und nur so läßt sich auch einigermaßen guttend das Verhalten des „Staifenkampf“ gegenüber der Technischen Hochschule charakterisieren.

## Vergleichsverhandlungen in Mansfelder Streik

Neuere finden hier Verhandlungen statt, um den Streik der Arbeiter der Mansfelder Eisenbahn-Gesellschaft in Eisenberg durch einen Vergleich beizulegen. Die Verhandlungen wird ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums leiten. An dem Streik sind etwa 22 000 Arbeiter beteiligt.

## Der Sohn bestiehlt die Mutter

Strafammer Halle (Saale).

Als eine vermögende und verachtungswürdige Handlung bezeichnet die Strafammervorsitzende den Diebstahl, den der 1901 geborene und noch nicht befristete Arbeiter Otto Kempe am 18. Juni 1921 an seiner Mutter begangen hat. Am Abend dieses Tages zwischen 10 und 11 Uhr ist Kempe nach Hause gekommen und in das Schlafzimmer seiner Mutter gegangen, um die in ihre Ersparnisse im Betrage von 7000 Mark zu bringen. Dieses Geld bestohle die Mutter in zwei Briefstücken auf, die sie in einer verschlossenen Truhe im Schlafzimmer untergebracht hatte, was dem Sohn bekannt war; den Schlüssel zur Truhe bestohle sie immer unter dem Kopfkissen. Kempe gab den Briefstücken ein Bescheid, aber, die Truhe sei nicht verschlossen gewesen, auch mit er nur nach Lebensmitteln gehen habe, obwohl seine Mutter keine in der Truhe aufbewahrt. Nachdem er das Geld bestoh, er sich davon gemacht und nicht mehr geachtet. Als er später mal wieder in die Wohnung einbringen wollte, ist er festgenommen worden. Das Gericht nimmt sich nicht abzugeben, daß die Truhe wirklich verschlossen gewesen wäre, sondern, daß sie nicht verschlossen war, und beruht sie daher nur wegen eines fahrlässigen Diebstahls zu 6 Monaten Gefängnis und 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft.

## Beleitung zum Weinbe

wurde dem früheren Wirtschaftsprüfer Franz Kolb, geboren 1900, zur Zeit gef. Der Angeklagte, der jetzt eine Zuschlagssatz von 3 Jahren verbüßt, noch im vorigen Jahre in Untersuchungshaft wegen Raub Diebstahl und noch in

also wird heute ein Kilometer Geld mit Oberbau eine Million kosten und neue Steigerungen sind in Aussicht. Die Arbeitskräfte müssen alle Woche erneuert werden, was ohne Arbeitslohn für den Wagen allein 250 Mark ausmacht. Und so könnte man diese Aufstellung noch weiter verlängern. Es bleibt eine Zeitlang da mit dem nur fünfjährigen Betrage des Betriebskapitals noch aushalten zu können.

Man wird auch die finanzielle Inanspruchnahme der Stadt, wenn man sich die Kosten vergegenwärtigt, die für einen Fahrkartenaufbau sind:

1917 (10-11-Zer) beantragte	65 Mk.
1918 (Einnahme 15,5)	84 „
1919 (Einnahme 18,5)	200 „
1920 (Einnahme 47)	560 „
1921 (Einnahme 78,6)	83,5 „

Im Jahre 1921 kostete 1 Kilometer Fahrt 4 Mark, erbrachte jedoch nur 3,80 Mark, heute würde dieser Kilometer 4,90 Mark kosten, aber nur 3,80 Mark einbringen. Der Fahrtbetrag von 1,10 Mark muß gedeckt werden.

Auch verlangt der Staat von der Straßenbahn 2 Millionen Verkehrslohn, die sich bei erhöhten Tarifen selbstverständlich erhöht.

Es bleibt also nichts übrig, die Tarife müssen in erheblichem Rahmen erhöht werden; die Bilanz zu halten, und die Stadtbewohner haben sich getrost und nicht dieser Einnahme verschließen. Die Tarife werden die kürzeren Strecken — eine Zeilstrecke ist etwa 1 Kilometer lang —, während das andere Viertel weiter fährt. Man hat oft als Grund angeführt, daß andere Städte für dieselbe Arbeit eine wesentlich größere Leistung vollbringen, das man dort von einem Ende bis zum anderen in Berlin etwa 30 Kilometer — fahren kann. Aber die Rechnung stimmt nicht. Der Durchschnittsbedarf eines Fahrgastes in Berlin für 4 Kilometer, in Halle 8 Kilometer. Auch bei uns kann die Strecke von 12 Kilometern, von Bahnhof Trotha nach Reibburg (9 Zeilstrecken), für 2,50 Mark fahren, während die Eisenbahn für die nur 5,2 Kilometer betragende Strecke nach Trotha 3,70 Mark nimmt.

Nachdem man mit einem Abgang von 10 Prozent Fahrgästen — die Wirtschaftlichkeit bringt geringere Zahlen —, so werden bei dem neuen Tarif 1 800 000 Mark erübrigt, die zur Erneuerung und Erhaltung des Betriebes Verwendung finden sollen. Wenn man behauptet, daß ein neuer Straßenbahnwagen 600 000 Mark kostet, so ist auch dieser Betrag noch gering zu nennen. Außerdem man rechnen, daß er höher sein wird, noch frühling und Sommer der Straßenbahn gutes Geschäft geben. Was man schon am letzten Frühlingssamstag im Februar feststellen konnte, der einen Mehrertrag von 12 000 Mark erbrachte.

Gewinn, Städte gibt's — Weimar, Gotha, Altenburg, Gera, Mühlhausen in Thüringen, die noch Tarife haben, die hinter dem unteren Felde. Aber sie haben kleinere Linien und legen die Wagen ganz leer, wie sie erhalten. Und es gibt Städte, die einen Teil ihrer Linien eingestellt haben. Saarbrücken a. S. hat das und muß nur auf Verstoß der Franzosen trotz der Defizitwirtschaft noch fahren. Auch in Halle kommt der Betrieb „rentabel“ gefahren, werden im Jahre kommen können. Durch die Erhöhung der Tarife werden die ersten Schritte zum Erfolg und zum Verleben der Massen. Daraus schimpf ab morgen, schimpf über die unerlässliche Straßenbahn! Aber fahr' und ahl' was sie fordert! Du bist letzten Endes nur dir selber damit!

## Deutschnationale Zusammenkünfte

Gruppe Mittel-Ost. Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr. Unter Dichtung in Evangelischen Vereinshaus, Mühlhausen. Dr. Biffert in dem Bundesverbanden durch einen anderen Gefangenen schmücken wollte, doch wurde der Brief abgelesen. Er schrieb an R., er möge in dem Verfahren wegen Raubes aussetzen, er (Rolf) sei nachmittags und abends immer zugegen gewesen und nur morgens fortgegangen. Güte R. so ausgelagt, so hätte Rolf sich zurecht auf dem Raub nicht in Frage kommen können. Durch die Bekanntmachung im Gefängnis wurde aber der Brief immer und die ganze Sache vereitelt. Das Gericht beurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre, der geringfügigen für diesen Fall zulässigen Strafe; auch wurde auf dreijährigen Ehrenreueverstoß erkannt.

Gruppe Süd-Ost. Ebenfalls Mittwoch abends 8 Uhr Zusammenkunft in „Schweizerhaus“, Mühlhausen. Für den verabschiedeten Professor Steinbrück wird der Kreisaußenbüros in Halle die Stadtbewohnermaßnahmen und über das Thema „Was wird aus den Franzosen in Thüringen?“ sprechen. Ein Mitarbeiter, aber ein Gewähr hat beschließen. Mühlhausen und georgische Beiträge werden den Abend zu einem angenehmen gestalten.

Für die Sonderverteilung „Annelie“ im Stadtheater am 10. März sind noch einige Karten in der Geschäftsstelle zu haben.

Zu dem Vortrag des Generals der Artillerie von Gollwitz am Sonntag, den 12. März, vormittags 11 1/2 Uhr, in dem am 11. März in Halle, der Vortrag der Einheiten bereits im besten Gange. Die Vorträge sind sämtlich nummeriert, ebenfalls, noch auch die Karten. Preis gering. Alle Parteimitglieder werden gebeten, diesen Vortrag zu besuchen und für denselben Propaganda zu machen. Von Gollwitz, M. d. R. spricht über „Unser Regierungssystem. Jüngste Vorgänge“.

Karten für den Vortrag des Rief. Barfels sind in der Alpenklub Buchhandlung, für die Bismarckfeier des Deutschen Verkehrs in der Geschäftsstelle, alle Promenaden 10, zu haben. — 8 Karten sind und wieder neu eingetroffen und in der Geschäftsstelle erhältlich.

— Vortrag Dr. Stabiler. Der in Halle durch seine Arbeit bekannt Dr. Stabiler, dessen Verhaftung in Berlin feierlicher Aufbruch, bricht am Sonntag, den 6. März, vormittags 11 Uhr im K. S. Bibliothek, Gotha, Mühlhausen über „Deutschland und die Welt“ zu sprechen. Ständliche Erleuchtung des alten deutschen Staates. Der Stabiler bittet seine Mitarbeiter, den Besuch der in der Sonntagsmorgen angelegten Vorträge als Pflicht aufzufassen. Alle Freunde, überhaupt alle national und vaterländisch Denkenden werden ebenfalls zum Besuch der Vorträge



Dollar 224,50

Bergbau

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein zu Sulzbach. Die Förderung und der Verkauf konnten etwas gesteigert werden. Die wesentliche Erhöhung der Arbeitslöhne und die ungewöhnliche Steigerung der Betriebsmaterialienpreise haben...

Industrie

Halle'sche Maschinenfabrik

Die Aktien der Gesellschaft haben in den ersten beiden Monaten des Jahres eine recht bedeutende Steigerung erfahren. Am 3. Januar notierten sie in Berlin 1900, am 10. Januar erreichten sie in sehr schönem Aufstiege den ersten Höhepunkt mit 1960, fielen dann wieder etwas, um in der Zeit vom 6. bis 10. Februar von 1850 auf 2250 zu steigen.

Sarotti-Generalfammlung

In der außerordentlichen Generalversammlung, die einberufen war, um Mittel und Wege zu finden, wurde die Sache über den Bau der Gesellschaft, wurde von den einzelnen Direktoren...

ganzpinneret Silbertrache A.G. anpassen, an der sich die Gesellschaft hervorragend beteiligt hat. Kaiserlicher. Die Verhandlungen, welche die Juckerhütte...

Handel

Die Kohlenpreiserhöhungen

Der Reichstagenberand und der große Ausschuss des Reichstages haben am 27. Februar folgende Beschlüsse gefasst: Für Aufhebung der Preiserhöhungen für nicht-eisenhaltige Steinkohle aller Sorten um 10%...

Verkehr

Schweitzer Steinschmelzwerk

Schweitzer Steinschmelzwerk. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Salzwerkes in Steinschmelzwerk...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein

Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein. Die Generalversammlung beschloß die Umbenennung des Vereins in Walden-Oberbayerischer Steinkohlenbau-Berein...

Mittags-Börsennotizen, „H. 2.“

Berlin, den 23. Februar 1922

Die Börse eröffnete im Zeichen einer teilweisen Reaffirmierung, zu der eine Überforderung zum Hinne, sowie die sich an der Börse geltend machenden Einflüsse...

Reagierten vom 27. Februar. Vopel Markt 515 bez. Aktien, Spar- und Leihzins 20 bez. Sam. Bodden 65 bez. Schindler 285 bez. Traubenger Jüder 1300 bez. Kronjüder 100 bez. Darbun-Teiler 645 bez.

Vorkurse der Berliner Börse

Table with 4 columns: Name, 28.2, 27.2, 28.2, 27.2. Includes entries like Deutsche Bank, Dresdner Bank, etc.

Devisen-Vorkurse

Table with 4 columns: Location, Mittelkurse, Geld, Brief. Includes Amsterdam-Rotterdam, Brüssel-Antwerpen, etc.

Halle'sche Notierungen, Halle a. S., 25. Febr. 1922.

Large table of market prices for various goods and services in Halle, including flour, oil, and other commodities.

Von den Viehmärkten

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am fälligen Schlacht- und Viehpreise zu Halle.

Table showing prices for different types of livestock (cattle, pigs, etc.) and their parts.

Wochenmarkt in Halle.

Table showing weekly market prices for various goods in Halle, including flour, oil, and other commodities.

